

Fraktion Bündnis90-Grüne/ Piraten
in der Stadtverordnetenversammlung Bernau
Breitscheidstr. 31, 16321 Bernau

Fraktion Bündnis90-Grüne/ Piraten
Initiativgruppe Bernau-Waldfrieden
c/o Herrn Jan Bernatzki
Am Rehpfad 19
16321 Bernau

Ihr Schreiben vom 15.02.2016

Sehr geehrter Herr Bernatzki,

die fragwürdige und wenig respektvolle Form Ihres Schreibens – bezeichnet als „offener Brief“ – hat mich doch sehr verwundert und ich habe mir ernsthaft überlegt, Ihnen überhaupt zu antworten.

„Offene Briefe“ beantworte ich in der Regel gar nicht und erst recht nicht, wenn Fristen gesetzt werden.

Das Setzen von Fristen steht ihnen schlicht nicht zu, zumal Ihre Initiativgruppe nur für sich selber, aber nicht für die Bürger in Waldfrieden sprechen kann und darf.

Das könnte allenfalls ein von den Bürgern Waldfriedens gewählter Ortsbeirat, den es aber aus bekannten Gründen noch nicht gibt. Die Initiativgruppe kann einen Ortsbeirat mangels demokratischer Legitimation nicht ersetzen.

Wenn ich Ihnen ausgehend von meinem als Mitglied der für die Flüchtlingsunterbringung unzuständigen Bernauer SVV zwangsläufig unvollständigen Erkenntnisstand dennoch antworte, dann in dem Bemühen, ein wenig Sachlichkeit in die Debatte zu bringen und weil ich erkenne, dass ihnen als Bürger unserer Stadt der Schuh mit einem Problem drückt.

Wobei – ich mache keinen Hehl daraus, dass es sich mir überhaupt nicht erschließt, wie sich der von Ihnen im Anschreiben erwähnte „wesentliche Einfluss auf die Lebensbedingungen und die Lebensqualität von uns Bürgerinnen und Bürgern in Waldfrieden“ äußern soll, weil in Übergangwohnheimen Menschen untergebracht wurden, die ihre

Heimat und teilweise Angehörigen verloren haben und sicherlich unbestritten auch als hilfsbedürftig anzusehen sind.

Definieren Sie die Begrifflichkeit der Lebensqualität und Lebensbedingung womöglich als völkische oder rassische Homogenität in Ihrem Wohnumfeld?

Sollte das wider Erwarten tatsächlich der Fall sein, wären dies ganz sicher **keine** wirklich beachtenswerten Schutzgüter, auf die sich tragfähige politische Entscheidungen stützen dürften.

Die Würde des Menschen ist unantastbar und alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.¹

Zum Erweiterungsbau

Ich war bei beiden öffentlichen Veranstaltungen in Waldfrieden zugegen und bei der Vorstellung des Projektes Waldarbeiterschule war bereits die Rede von einem Erweiterungsbau. Insofern ist Ihre Behauptung, das wäre „eine Lüge“, schlicht falsch und unangemessen.

Es wurde klipp und klar gesagt, dass ein Erweiterungsbau geplant sei – zu diesem Zeitpunkt war allerdings die ergänzende Nutzung des ehemaligen Pflegeheims noch nicht im Gespräch.

Letztere war im Übrigen Ergebnis des steigenden Unterbringungsdrucks im letzten Herbst und des bevorstehenden Winters. Das ehemalige Pflegeheim ist baulich sanierungsbedürftig und für eine wirtschaftliche und langfristige Unterbringung meines Wissens nach eher nicht geeignet.

Wollte man es aber leerziehen, wäre eine alternative Unterbringung erforderlich.

Die Frage des Erweiterungsbaus als solcher ist deswegen auch erstmal nachrangig relevant, solange sich die Gesamtzahl der Flüchtlinge in Waldfrieden nicht erhöht.

Wenn Flüchtlinge zum Beispiel in einen wirtschaftlicheren Neubau verlegt werden könnten und die vorher für die Unterbringung genutzten Räume fortan zum Beispiel für Schulungsangebote etc. genutzt oder aufgegeben werden könnten, wäre der Neubau sogar zu begrüßen.

Kritisch sähen wir allerdings auch eine Erhöhung der Gesamtzahl der Flüchtlinge in dem Bereich Bernau-Waldfrieden und ich denke, dass hier bei ergänzendem Unterbringungsbedarf seitens der Stadt tatsächlich weitere Überlegungen erforderlich sind, an denen wir uns selbstverständlich im Rahmen unserer Arbeit in der SVV beteiligen werden.

¹ Art. 1 und 3 GG

Eines ist allerdings dabei völlig klar: Bernau kann und darf sich als eine der leistungsstärksten Kommunen des Landkreises nicht aus der Mitverantwortung für die Flüchtlingsunterbringung heraushehlen und die aktuell zur Verfügung stehenden Bernauer Immobilien im öffentlichen Eigentum sind die besten, die es gibt... Es gibt keine anderen und es gibt sie auch nicht woanders.

Sie stehen da, wo sie stehen und sollten für öffentliche Aufgaben genutzt werden. Der hl. St. Florian kann und darf nicht Leitlinie von Kommunalpolitik sein oder werden.

Und es ist auch heute schon klar, dass der Flüchtlingszustrom nicht zuverlässig zu prognostizieren ist und als Folge der kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten und der dortigen lebensfeindlichen Verhältnisse unvermindert anhält.

Damit ist aber auch der zukünftige Unterbringungsbedarf nicht zuverlässig zu schätzen. Deswegen wären irgendwelche Zusagen oder Vorhersagungen schlicht nicht seriös, weil man nicht weiß, ob es möglich ist, sie einzuhalten.

Zudem möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Flüchtlinge nicht nur in Waldfrieden, sondern auch in Lobetal untergebracht sind.

Zu Ihren Ausführungen zu geeigneten Grundstücken

In Ihren Ausführungen zu Möglichkeiten einer Unterbringung in Schönow oder Ladeburg haben Sie es unterlassen, die entsprechenden Grundstücke zu benennen.

Genau an dieser Stelle liegt aber der Hase im Pfeffer.

Die Größe der Ortsteile ist nachrangig interessant – entscheidend sind die Eigentumsverhältnisse der Immobilien, das Bauplanungsrecht und die Form der gegenwärtigen Nutzung.

Für die Flüchtlingsunterbringung sind grundsätzlich erst einmal nur Immobilien der öffentlichen Hand ab einer gewissen Größe geeignet – es sei denn, private Eigentümer bieten welche für die Nutzung an. Aber auch dann stellt sich die Frage der Eignung. Genau an dieser Stelle gibt es aber einen Mangel. Es gibt in dem engen Bernauer Wohnungsmarkt zu wenig Wohnungsangebote im untersten Marktsegment und es gibt auch zu wenig verfügbare öffentliche und für die Flüchtlingsunterbringung geeignete Grundstücke. Wir haben dazu derzeit in Bernau unter 1% Wohnungsleerstand bei hoher Nachfrage aus dem Berliner Raum!

Wegen dieser Herausforderungen haben wir als Fraktion bereits seit Beginn der Wahlperiode im Rahmen unserer Arbeit in der SVV ein waches Auge auf öffentliche Grundstücke, die in irgendeiner Form entwickelt werden sollen, ob sie für die Flüchtlingsunterbringung geeignet erscheinen und dringen im Zweifel auf eine entsprechende Nutzung – egal, in welchem Ortsteil sie stehen.

Die Flächenentwicklung und Bautätigkeit ist in Bernau derzeit sehr dynamisch. Wir als Fraktion verfolgen dabei im Rahmen unserer Möglichkeiten das Ziel, dass das unterste

Marktsegment dabei nicht aus dem Blick gerät und unterstützen dabei auch uneingeschränkt die Politik des Bürgermeisters, den Geschosswohnungsbau in der Stadt zu stärken.

Wir befürworten dabei vor allem auch den sozialen Wohnungsbau, um zum einen den schwierigen Bernauer Wohnungsmarkt zu entspannen und um zum anderen dem Ziel einer dezentralen Unterbringung der neuen Bürger in Wohnungen, sowie einer integrationsfördernden Durchmischung der nichtdeutschen und deutschen Bevölkerung Bernaus näher zu kommen.

Für dieses Ziel stellen wir auch entgegen der sonst von uns vertretenen Linie unsere ökologisch begründeten Bauschmerzen mit dem erhöhten Flächenverbrauch zurück, weil in dem Zielkonflikt zwischen Ökologie und notwendiger Erschließung von neuen Wohnbauflächen für Geschosswohnungsbau der Wohnungsbau prioritär zu gewichten ist.

Nur dauert Wohnungsbau naturbedingt seine Zeit und wir müssen hier eher im Horizont von Jahren, denn von Monaten denken.

Es ist zudem sicherlich nachhaltiger, gleich in langfristig nutzbare Häuser zu investieren, als in irgendwelche kurzfristig verfügbaren, aber angesichts der Nachfrage überpreuerten Containerunterkünfte, welche ebenfalls Grundstücksflächen in Anspruch nehmen, die dann für den Wohnungsbau fehlen.

Die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus ist – wie neulich mal die Geschäftsleitung der WOBAU bei einem Vortrag ausführte – nicht trivial. Verlustbringer dürfen die Wohnungen im sozialen Wohnungsbau auch nicht sein, wenn die wirtschaftliche Substanz der Träger des Wohnungsbaus gesund bleiben soll.

Zu Ihren Ausführungen zum Objekt Ladeburg

Ihren Ausführungen zur möglichen Nutzung der ehemaligen Kaserne in Ladeburg kann ich so nicht folgen.

Zum einen befindet sich die Kaserne komplett im Außenbereich und ist ohne langfristiges Planverfahren aus rechtlichen Gründen für diesen Zweck nicht nutzbar. Im Übrigen fehlt meines Wissens nach die komplette Erschließung mit Medien.

Des Weiteren ist der Eigentümer meines Wissens nach nicht verkaufswillig, sondern beharrt auf einem Träger, der sich unserer Fraktion im Frühjahr vergangenen Jahres vorstellte.

Diese Vorstellung des Trägers überzeugte uns **nicht**. Bitte haben Sie Verständnis, dass ich an dieser Stelle nicht weiter ins Detail gehen darf und möchte.

Selbst der große Unterbringungsdruck darf aber nicht dazu führen, dass der sorgsame Umgang mit Steuergeldern darunter leidet.

Wenn aber die eigenen Ziele nicht erreichbar sind, muss man eben andere Wege suchen. Die Kaserne Ladeburg ist deswegen – derzeit zumindest – unseres Wissens keine sinnvolle Option.

„Rechte Ecke“

Zunächst einmal nehme ich mit Interesse zur Kenntnis, dass Sie sich für ein integratives Zusammenleben mit den Flüchtlingen aussprechen.

Das ist schon einmal eine gute Grundvoraussetzung für die weitere Diskussion – soweit es nicht nur als Lippenbekenntnis gemeint ist (Stichwort „Lebensbedingungen“...).

Die von Ihnen genutzte Begrifflichkeit „besorgte Bürgerin“ möchte ich deswegen nicht einmal weiter vertiefen – die Aufstellung einer Bürgerwehr in Waldfrieden, von der ich Kenntnis erlangte, dagegen schon.

Die Aufstellung einer Bürgerwehr ist als alles Mögliche, nur nicht als Beitrag zur Integration zu werten.

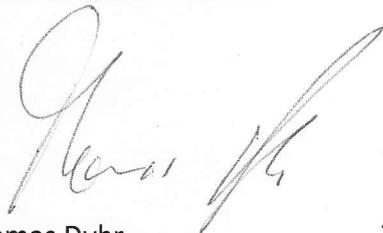
Sie wird von mir im Kontext als aggressiver Akt der Ausgrenzung wahrgenommen und hierfür fehlt mir ehrlich gesagt jegliches Verständnis!

Dass Sie sich darüber beklagen, dass von meinem Kollegen Sören Ole Gemski der Eindruck artikuliert wurde, als wären in Waldfrieden Leute aus der „rechten Ecke“ unterwegs, wundert mich deswegen schon.

Der Auftritt einiger Anwohner auf der zweiten Bürgerversammlung war nach meinem persönlichen Erleben sehr wohl geeignet, einen entsprechenden Eindruck zu erwecken und so manche schriftliche Verlautbarung – auch in dieser Versammlung verteilt – war zumindest nicht geeignet, diesen Eindruck zu widerlegen. Die Bürgerwehr passt dabei ins Bild.

Ich halte es deswegen schon für äußerst zielführend, wenn sich die Initiativegruppe in ihrem Bemühen, politisch ernst genommen zu werden, von solchen Personen und Aktivitäten abgrenzen würde.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Dyhr
Fraktionsvorsitzender